

# Volksstimme

Eingelnummer 30 Bfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brunnstr. 17.  
Fernpr. 6802. Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.  
Fernpr. 5407. Postfachkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 8  
Wojungspreis: Durch Ausrunder jährlich monatlich 6,00 Mk. einschließlich Erdrücken. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Vorbestellung im Verlaufe 18. - monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Dienstag, den 11. Januar 1921

5. Jahrgang.  
Ausgabe morgens 9 Uhr.

## Schamlose Justiz.

### Der amnestierte Vogel.

Wie die „Freiheit“ zu melden weiß, ist jetzt auch der ehemalige Oberleutnant v. Vogel durch einen Beschluß des Landgerichts Berlin amnestiert worden und befindet sich bereits in Deutschland. Ritt Vogel gehörte bekanntlich zu jenem Kreis von Offizieren, die während der aufgeregten Januartage von 1919 ihr Quartier im Eberthotel aufgeschlagen hatten. Er war einer der Mörder Rosa Luxemburgs und wurde vom Kriegsgesicht zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er konnte aber bald darauf mit Hilfe von gefälschten Papieren, die ihm von gewissen Kameraden beigesteuert worden waren, über die Grenze nach Holland verschwinden.

Diesem Justizskandal legt nun der Beschluß des Landgerichts die Krone auf, indem er den Mord an Rosa Luxemburg als ein politisches Verbrechen ansieht, das im Anschluß an ein „höherwertiges Unternehmen“ erfolgt sei und deshalb unter die Amnestie falle.

Man muß schon geteilt, daß die Justiz sich alle Mühe gibt, dem klaren Rechtsempfinden des Volkes ins Gesicht zu schlagen. Selbst wenn man der Meinung ist, daß die Unruhen jener Tage von kommunistischer oder, wie es damals noch hieß, „parteilicher“ Seite heraufbeschworen waren und eine energische Abwehr durch die Reglerung der Volkseingetragten erforderlich machten, so ist doch in keiner Weise zuzugestehen, daß der wohl überlegte und von einem Offizierskreis planmäßig vorbereitete Mord an Liebknecht und Luxemburg ein politisches Verbrechen sei. Eine solche Definition kann nur in einem vollständig in alten bürgerlichen Auffassungen groß gewachsenen Justizhirn entstehen. Tatsächlich läuft die Amnestierung Vogels, die der des Hauptmanns Kessel folgt, darauf hinaus, den letzten Rest von Vertrauen zur bisherigen Justiz in Deutschland zu beseitigen. Es wird die Aufgabe der Sozialdemokratie im Reichstage sein, mit aller Energie auf die Neugestaltung des Strafgesetzes und vor allem Dingen auf eine völlige Umgestaltung der bisherigen Gerichtsbehörden hinzuwirken. Schon die preussischen Wahlen werden Gelegenheit geben, daß die Masse der Wähler über diese offene Propagation des Empfindens der gelamten sozialistischen Arbeiterklasse ihr Votum abgibt. Wir hoffen, daß es für die bisherigen Justizmethoden vernichtend ausfällt.

### Ein Geständnis Runge?

Im Anschluß an die Mitteilung von Vogels Amnestierung „essentiell“ die „Freiheit“ den Wortlaut eines angeblichen Geständnisses über den Mord an Liebknecht und Luxemburg, das der Major Otto Runge am 6. Januar 1920 in der Strafanstalt niedergeschrieben haben soll. Für die Richtigkeit dieses Geständnisses oder seiner Weitergabe müssen wir der „Freiheit“ die Verantwortung überlassen. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß es Dokument, so wie es abgedruckt ist, sehr große Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen darf.

Runge liefert darin mit, daß er sofort als am 15. Januar 1919, gegen 9 Uhr abends, Liebknecht und Luxemburg im „Eberthotel“ eingekerkert waren, mehrere Befehle von Offizieren und Wachposten erhalten habe, daß diese beide das Eberthotel nicht wieder lebend verlassen dürfen. Hinsichtlich Liebknechts hatte er angeblich kritischen Befehl von Offizieren, ihn mit dem Kolben an der Stelle niederzuschlagen, wo er herausträte. Bezüglich Rosa Luxemburgs behauptet Runge, Offiziere hätten ihm den Befehl gegeben, die Luxemburg durch das „Eberthotel“ nicht mehr lebend verlassen. Kapitänleutnant von Pflug-Harung schrieb ihm seinen Namen auf und sagte zu ihm: „Sie wird Ihnen ja durch den Oberleutnant Vogel in die Arme geführt, so daß Sie aus zuführen dürfen.“ Als Rosa Luxemburg ins Auto gesetzt wurde, sprang beim Abfahren noch einer hinten auf und schob ihr eine Kugel in den Kopf. Er sprang dann ab und lief von der Körnerberg Straße ins Eberthotel zurück.

Außerdem will Runge den Befehl erhalten haben, den verhafteten Redakteur der „Neuen Freiheit“ zu erschlagen. Es ist ihm gelangt worden, die Befehle kamen vom Hauptmann Pflanz. Runge schließt weiter, wie ihn die Offiziere des „Eberthoteles“ zunächst zu seiner Tat beglückwünschten hätten und wie sie alles auftrugen, um ihn in Sicherheit zu bringen. Er sei von dem Zügelregiment zu Pferde, bei dem er sich befand, zu dem Husaren-Regiment Nr. 8 geschickt und dort von den Vorposten alsbald als ein Held angesehen worden. Eines Tages, im Januar, sei ein Unteroffizier gekommen, der ihm folgendes sagte: „Runge, ich bin auf Befehl hierhergeschickt worden vom Adjutanten der achten Husaren. Er hat den Befehl gegeben, dich zu töten. Du sollst verhaftet werden, das darf nicht sein. Hier ist die Abkürzung zum Hauptbefehl.“ Er gab ihm 240 Mark und einen Militärfahrschein nach Köln. Der Rittmeister Weber von den Husaren sagte Runge auf seine Weisung, er solle machen, daß er fortkäme, sich aber noch einmal im „Eberthotel“ melden.

Im „Eberthotel“ wurde ihm mitgeteilt, der Fahrschein würde nicht über Issa gelassen, bis er fort sei. In seine Wohnung wurde ihm dann 4000 Mark gebracht und ein Zettel, er solle nach Prag fahren und sich auf dem dortigen deutschen Kom-

mandat bei dem Kommand Schwarz zur weiteren Beschäftigung melden. Da er sich weigerte, wurde er zunächst vier Tage festgehalten, dann erhielt er einen Militärfahrschein nach Hensburg und falsche Papiere, die ihm bei seiner Verhaftung abgenommen wurden. Während der Unternehmung habe ihm der unterjüngstehende Kriegsgerichtsrat Jänns wiederholt gesagt: „Nehmen Sie alles ruhig auf sich, viel Monate werden es nur und Sie können sich dann immer wieder an uns wenden, wenn Sie in Not sind.“ Runge versichert weiter, daß während seiner Haft Offiziere wiederholt mit ihm „Gericht gespielt“ hätten. Er möchte seine Aussage auswendig lernen, und es wurde ihm gesagt, wenn er sie nicht richtig lerne, würde mal eine Handgranate im Bett liegen, wenn er schlafen ginge. Er wurde auch beauftragt, an der falschen Aussage, daß er die Papiere, die ihm die Offiziere gaben, von Sozialisten in der Weinmeisterstraße gekauft habe.

Wir erwarten von der Justiz keine Wunder, nicht einmal, daß sie nach diesem Geständnis, wenn es sich als richtig erweisen herausstellt, ein Weidwahrnahmeverfahren gegen die klandestinen Offiziere einleitet.

### Die Eisenbahnerbewegung.

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner schreibt der „Gesellschaftliche Nachrichten“:

„Welche Bedeutung die Bewegung hat, geht daraus hervor, daß ungefähr 370 000 Eisenbahnbeamte und 700 000 Arbeiter in Betracht kommen. Die Kosten der Einkommensverbesserung für die Eisenbahner werden auf etwas mehr als 1 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Eine weitere Folge ist, daß auch die übrigen Reichsbahnen und -arbeiter eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten müssen, wodurch eine weitere Mehrausgabe von 1 1/2 Milliarden entsteht. Die Eisenbahnerbewegung hat also Einkommensverbesserungen für sämtliche Reichsbeamten und -arbeiter im Betrage von 2 1/2 Milliarden Mark zur Folge. Traglich ist zur Stunde noch, ob die an der Bewegung beteiligten Eisenbahner sich mit dem Ergebnis zufriedengeben werden. Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat seinen erweiterten Vorstand nach Berlin berufen, um ihn zur gegenwärtigen Lage Stellung nehmen zu lassen. Das Verhandlungsergebnis hat nicht die gewünschte Spannung gebracht, sondern die Lage ist nach wie vor als sehr ernst anzusehen. Es ist noch keineswegs ganz gewiß, ob ein Eisenbahnerstreik vermieden wird.“

Die Unzufriedenheit der Eisenbahner mit den bisherigen Zugeländnissen ist allgemein. Sie erfährt auch die Mitglieder der sogenannten neutralen Verbände. So erklärte eine Vertrauensmännerkonferenz des Allgem. Eisenbahner-Verbandes, Ortsverein Halle, die dem über Ausschluß von der Regierung gemachten Zugeländnissen keineswegs als genügend. Sie erwartete vielmehr von der Organisations-Leitung, daß sie an den gestellten Mindestforderungen festhält, selbst unter Anwendung des äußersten Mittels.

### Die Regierung und die Eisenbahnerforderungen.

Berlin, 10. Januar. Das Kabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszulage für die Beamten und Arbeiter des Reichs beschäftigt. Dem Wunsch der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister der Länder, vorzeitigiger Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer auf kommenden Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beteiligung der bereits jetzt im arbeitslosen Haushalt sich ergebenden Verluste, die durch die Erhöhung der Teuerungszulage eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstande einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgehalten, über die Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der beteiligten Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Bewilligung der Teuerungszulage herbeizuführen.

### Nach keine Beschlußfassung des Vorstandes vom D. E. B.

WTB, Berlin, 10. Januar. Was uns von beteiligter Seite mitgeteilt wird, hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in zweitägiger Beratung zu dem durch den Sechseher-Ausschuß und die Regierung zustande gekommenen Verhandlungsergebnisse Stellung genommen. Die völlig unzureichenden Zugeländnisse und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlußfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der Beschluß steht demnach noch aus.

### Die ersten amerikanischen Militärschiffe nach Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Nach einer Blättermeldung aus Bremen ist am 8. Januar der amerikanische Dampfer „Welt Arzon“ von Galveston abgegangen und trifft im Laufe dieses Monats mit 742 amerikanischen Militärschiffen in Bremen ein.

## Parteipolitik und Gemeinwohl.

P. T. Selbstverständlich meinen wir die Politik der Sozialdemokratischen Partei, die sich nach bürgerlichen Behauptungen fast stets im Gegensatz zum Gemeinwohl befinden soll. Dieser bei allen zu bürgerlichen Anschauungen steigenden fast zum Gemeinwohl geordnete Anspruch ist gleichwertig dem deutschen Nationalen Schicksal: „Das Vaterland über die Partei.“ Wenn wir dieses Feldgericht hören, wissen wir sofort was daran ist. Hinter das „Vaterland“ versteckt sich nach und nach die egoistische deutschnationale Partei- und das Schlagwort soll nur dazu verhelfen, daß die anderen Parteien sich bewegen lassen in dem Wahne dem Vaterland zu helfen, deutschnationale Parteien zu fördern. Genau so ist es mit der anderen Phrase vom Gemeinwohl beizutreten. Wenn diese auf's Tapet kommt, sollte jeder Sozialdemokrat miträufeln werden, denn hinter diesem „Gemeinwohl“, das beruflichst werden soll, schlüpfert sofort das Parteinteresse der bürgerlichen Parteien insgesamt hervor, sowie man an der höhnlichenden Oberfläche dieses Ausrufer frast.

Sonderbarer Weise gibt es aber immer noch Sozialdemokraten, die auf diese Weise zum Gemeinwohl hereinfallen. Namentlich wenn sie als Vertreter der Partei in irgendwelche Körperschaften hineingewählt worden sind und nun bemerken müssen, wie sich fast unüberwindliche Schwierigkeiten aufzuerheben, wenn sie daran gehen wollen die Partei- und die Parteipolitik durchzuführen. Allzu leicht ist sie geneigt, nicht zu allererst, diese Schwierigkeiten fest in's Auge zu fassen, um zu erkennen, was Reelles dahintersteht, und was nur scheinbar in den Weg gestellt worden ist, nein allzu leicht neigen sie dazu kritisch unsere Parteipolitik und unsere Parteipolitik zu unterziehen und verschäben so selbst das richtige Verhältnis. Sie merken dabei garnicht, wie sie durch diese Parteilichkeit die Schwirrigkeit noch vergrößern und sich selbst in das Licht setzen, keine wirklich überzeugungstreue Sozialdemokraten mehr zu sein. Darum lohnt es sich schon diese schadenhafte bürgerliche Weisheit von der Parteipolitik, die sich nicht mit dem Gemeinwohl verträgt, etwas näher zu unterziehen und damit wir nicht den Fehler jener genannten Genossen begehen, fangen wir mit der Unterziehung bei dem Gemeinwohl an.

Was ist Gemeinwohl? Was versteht man darunter? Dazu wäre zunächst zu bemerken, daß der Begriff des Gemeinwohls ebenso wandelbar ist, wie alle Begriffe der Menschen überhaupt. Es ist burdaus nicht etwas abstrakt und für immer Feststehendes. Man könnte eben das als Gemeinwohl bezeichnen, was die Mehrzahl der Menschen für notwendig hielt, damit es ihnen als Volk gut gehe. Dazu gehörte bis vor einigen Jahren das Fehlen eines Monarchen, die Erfindung eines starken Bettes, der Besitz von Kolonien, dann eine starke Ausfuhr in Eisen und Eisenwaren, in Industrieerzeugnissen überhaupt, damit der Fabrikbesitzer, der Kapitalist verdienen könne und der Arbeiter seine Arbeit habe. So gehörte noch ungedeuer viel anderes dazu, um das Gemeinwohl zur höchsten Entwicklung zu bringen. Man hielt auch die Erhebung von ziemlich hohen Getreidezöllen damals für nötig. Nicht für notwendig, also nicht mit dem Gemeinwohl für verträglich, hielt man die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung durch Staat oder Kommunen. Nicht für notwendig hielt man das Koalitionsverbot für den Landarbeiter. Für unantastbar aber das Dreifaltigkeitensrecht und das Gebührecht. Wir sehen also, der Begriff, die Vorstellung vom Gemeinwohl hatte eine verdammt große Nechtheit mit der Parteipolitik der Konfessionen und der Nationalitäten. Diese Parteipolitik verdrängte nicht das Volk aller, sondern nur das Volk bestimmter kleiner Kreise und ließ die Masse sich plagen und schänden. Sie mußte deshalb, je länger je mehr, mit den Bedürfnissen der großen Masse in Widerspruch geraten, also das Gegenteil von Gemeinwohl werden.

Das erkannt zu haben ist das Verdienst der Sozialdemokratie. Sie setzte dieser Parteipolitik der Konfessionen und Liberalen die Parteipolitik der Arbeiter gegenüber und wußte, daß diese je länger je mehr zur Politik des Gemeinwohls, zur Politik zum Besten des größten Teiles des Volkes werden mußte.

Nichts hatte diese Entwicklung mehr beschleunigt als der Krieg und die aus ihm hervorgerufene Niederlage. Er hat mit erdärmungsloser Schärfe, die von den Bürgerlichen getriebene Politik des Gemeinwohls als schädlich für das Volk gekennzeichnet, weil es eben keine Politik zum Besten des ganzen Volkes, sondern nur zum Besten eines kleinen Teiles war.

Aber wie schon während des Krieges sich der Politik der Sozialdemokratie die größten Schwierigkeiten entgegenstellten, so daß es ihr fast unmöglich war, zum Wohle des größten Teiles der Bevölkerung zu wirken, wie sie sich damals mit keinem Erfolge aufziehen geben mußte, fast genau ist es auch heute. Aber es ist ein Trugschluß für die tätigen Sozialdemokraten, wenn sie meinen, es müßte nun die Parteipolitik revidiert werden um sie dem Gemeinwohl anzupassen. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Nicht wir haben uns in der Parteipolitik, in der Sozialisierungsfrage oder in der Steuerpolitik dem Ruf der Bürgerlichen auf Berück-



wann gern wern. Kameraden! hier auf eure gemeinschaftlichen Organisationen. Nehmt grundsätzlich ab, in einen Streik einzutreten, der nicht von den gewerkschaftlichen Verbänden herantreibt ist. Wie die Unternehmungen in allen Wirtschaftszweigen die Interessen der Kameraden bisher vertreten haben, so wird dies auch in Zukunft geschehen. Keine Arbeitsverlängerung wird eingeführt werden können, so lange die Kameraden hinter den Organisationen stehen. Kameraden! Schaltet Ruhe und Würde. Beilegt Euch nicht an Unwissen! Ruhe und Besonnenheit sind in dieser Zeit notwendig, denn je, desto mehr wird die Streikbewegung ab, folgt nur den gewerkschaftlichen Organisationen.

- Deutscher Bergarbeiterverband, Bochum, Ges. Dulemann.
- Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Ges. Z. M. Buch.
- Polnische Bergarbeitervereinigung, Ges. Kolpadi.
- Gewerksverein Hirsch-Duncker, Abteilung Bergarbeiter, Ges. Schmidt.

### Der Kampf um die Heimstätte.

#### Ein Musterschick für die Notwendigkeit der Domänenversteigerung.

In einer Berliner Zeitung wird aus Cladob bei Landsberg an der Warthe folgende Nachricht über den Verkauf der Siedlung. In dem Artikel heißt es u. a.: „Das arme deutsches Volk, wie wird durch deine Gesetze geknechtet! Das einzige Eigentum, welches du noch hast, der Boden, den dir Gott gab, gehört dir nicht. Selbst nicht das Staatsland, das doch dem ganzen Staate, mithin auch dir, du deutscher Staatsbürger, von Rechts wegen gehört. Von 4500 Morgen Domänenland nur höchstens 50 Morgen für Siedler! Jurget logar nur nachweise und nur aus dem guten Willen und der Gnade des Domänenpächters!“

Dazu ist zu sagen:

1. Die in Frage kommende Domäne umfasst mehr als 5000 Morgen, die für insgesamt 30 000 Mt. jährlich verpachtet sind. Das ist also nicht einmal 6 Mt. für den Morgen.

2. Die Domäne — es sind eigentlich zwei Domänen unter demselben Pachtbischliff — ist im Jahre 1915 wieder verpachtet worden. Damals ist aufmerksam festgestellt worden, daß die Domäne für die Aufstellung nicht geeignet sei. Ein Versuch, die beiden unter demselben Pachtbischliff vereinigten Domänen wenigstens an zwei Pächter zu geben, mißlang. Die Domäne ist 1915 bis zum Jahre 1933 zu dem aufzufüllenden Zwecke von weniger als 6 Mt. für den Morgen wieder verpachtet und kommt bis dahin nach der Pachtgebühre und den einschlägigen Bestimmungen des Reichslandungsgesetzes für die Siedlung nicht in Frage.

3. Es handelt sich hier um einen der immer wieder vorzukommenden Fälle, die mit sich selbst gemein sind für den gegenwärtigen so lebhafte unfruchtbarsten Verleumdung über die Selbstverpflichtung der Domänen. Im Verlauf der Beratungen der Landbesessenen ist in diese Vorlage eine Bestimmung hineingearbeitet worden, nach der für Neu- und Anliegerbesessene geeignete Domänen von der Selbstverpflichtung ausgeschlossen sein sollen. 1915 wurde von der erwähnten Domäne festgestellt, daß sie für Siedlungszwecke nicht in Frage kommt. Inzwischen ist dort ein ganzes neues heimliches Siedlungsbedürfnis entstanden.

Der Landbesessenenminister muß dem so zu wie tatenslos stehen, gegenüber einem derartigen unermüdeten Zustand hat er der Landbesessenen den Gehöranspruch über die Selbstverpflichtung der Domänen zugehen lassen, um solche Domänen wenigstens in Zukunft als Siedlungsreserve in die Hand zu bekommen.

### Die Gerichtsbarkeit im besetzten Gebiete.

#### Brief aus dem Westen.

Als der deutsch-französische Krieg 1871 beendet war, blieb ein Rest der deutschen Armee als Besatzungstruppe noch eine Zeitlang in Frankreich zurück. Wie meist die Deutschen am Rhein, so empfanden die Franzosen damals die Besetzung als eine Schmach. Da jedoch die Franzosen die Kriegsergebnisse nicht bezweifeln konnten, so wurden sie das deutsche Militär sehr bald los. Sie konnten erleichtert aufatmen und sich wieder frei, selbständig und zu Hause fühlen.

In jener Zeit hatte aber der Militarismus, den die französische Bevölkerung während der Besatzungszeit nach dem Friedensschluß auszulösen hatte, noch nicht jene raffiniert brutale Steigerung erfahren wie 50 Jahre später bei der französischen Militarismus erreichte, unter dessen Druck jetzt die arme Rheinlandsbevölkerung leidet.

Wie sehr sich die französische Besatzungsmethode von der ehemaligen deutschen unterscheidet, ist am deutlichsten an der Gerichtsbarkeit im französisch besetzten Gebiet am Rhein zu erkennen.

Die deutsche Militärleitung ließ in der Zeit der Besetzung die französische Verwaltung und Rechtspflege völlig unangetastet. Kein französischer Bürger kam vor ein deutsches Gericht. Wer den zuständigen französischen Gerichten abgeurteilt. Man vergleiche damit die Zustände im besetzten Gebiet. Angehörige der Besatzungsarmee und auch Zivilpersonen der Besatzungsmächte können sich in Stütz- und Straßengängen nach Belieben der deutschen Gerichtsbarkeit entziehen. Dagegen haben deutsche Staatsangehörige sich ohne weiteres der Militärjustiz der Besatzungsarmee zu unterwerfen. Und wenn das nur noch Rechtssprechung wäre. Aber was da an „Gerechtigkeit“ geleistet wird, spotted jeder Besatzung. Am argsten treibt es die französische Militärjustiz. Die geringsten Vergehen werden mit Strafen belegt, die Grauen und Gef. ausgeben. Wenn z. B. ein halb-wüchsiger Bürsche zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wird, weil er nur einem französischen Soldaten einen Futterbeutel für Pferde gestohlen hatte, so weiß man wirklich nicht, was man dazu sagen soll. Solche Beispiele liegen sich in Menge anführen. Bei Vergehen, die einen politischen Anstrich haben, oder denen man gar einen politischen Charakter beilegt, oben sich die Militärjustiz mit Vorliebe aus. Wer ein Wort der Kritik an der französischen Politik im Rheinland wagt oder tadelt, wer über das Verhalten der Besatzungstruppen flucht und selb die Kritik noch so herabzigt, die Klage fastlich und begründet — der bekommt den glühenden Saß der französischen Militärjustiz in einer Weise zu fühlen, die ihn für alle Zeiten eine sonderbare Vorstellung von französischer Gerechtigkeit einprägt. Die deutschen Chauvinisten können mit diesen Zuständen ganz zufrieden sein und sie sind es auch. Man hört Versicherungen wie: „Na, jetzt! Das ist das revolutionäre, das republikanische Frankreich, die Kulturnation, die

an ihren öffentlichen Gebäuden die Forderung Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit prangen hat. Da kühnen Sozialdemokraten werden doch nicht karikiert sein von ihren Verbrüderungsträumen?“ Und solchen Bemerkungen wird in der Regel nicht widerprochen. Wenn aber doch mal dagegen eingewandt wird, die deutschen Militärs hätten in Frankreich ebenso gehandelt, dann wird der Einwand damit abgetan, das sei im Kriege geschehen, jetzt aber sei Frieden.

Wir Sozialdemokraten wissen sehr wohl, daß die Zustände im französisch besetzten Gebiet, die Drangsalierungen der Bevölkerung, die politische Verleumdung, die sich hauptsächlich gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei richtet, und die Eingriffe in die deutsche Staatsmacht, alles Zeichen des Militarismus sind. Das französische Volk ist dafür nicht verantwortlich zu machen. Es ist im Gegenteil zu beklagen, daß seine Militärs nicht es noch weniger verstehen als die ehemals preußischen, sich Sympathien zu erwerben. Da wir aber das dringende Bedürfnis haben, mit dem französischen Volke in ehelichen Frieden und in aufrichtiger Freundschaft zu leben, halten wir es für unsere Pflicht, den Chauvinismus diesseits und jenseits des Rheins entgegenzutreten und die Zustände zu bekämpfen, die geeignet sind, neuen Haß und Racheempfindungen Nahrung zu geben.

Die Gerichte im französisch besetzten Gebiete ist, so wie sie ist, keine 15 Jahre zu ertragen. Alle christliche Friedensströme müßten die Hand dazu bieten, hier zuerst Reformen durchzuführen zu helfen. Die militärischen Gerichte müssen verschwinden. Die Rechtsspiele muß mindestens in den Händen von Juristen liegen. Von Berufsjuristen! Den deutschen Gerichten muß eine Mitwirkung oder ein Kontrollrecht in irgendeiner Form zugestanden werden.

Das Rechtssymptomen des deutschen Volkes wird auch andauernd aus größte Verleumdung durch die Methoden des französischen Ermittlungsverfahrens.

Auf Denunziationen, auf höchsten Verdict und Verurteilungen hin werden Deutsche Angekommen, tage- und wochenlang festgehalten, um rohen Polizeigewalt brutal mißhandelt, beschimpft, mit Füßen getreten, mit Äußen und Kloppspießeln gequält, um sie — damit man ein Delikt habe! — zum Widerstand zu zwingen oder um sie zu einer Aussage zu bewegen. Man gibt ihnen tagelang nichts zu essen, ja man gebräut Daumkraut, um Geständnisse zu erzwingen! Seit Jahr und Tag sind der französischen Besatzungsbehörde die Unterlagen für diese Behauptungen an die Hand gegeben worden, aber immer noch sind diese Praktiken in Übung.

Ein Vergehen Gemeinmenschlichen durchstreift das französisch besetzte Gebiet und schließt nach abfälligen Bemerkungen über Frankreich, die französischen Truppen oder die französische Politik. Um sich als tüchtig zu erweisen und recht viel Deutsche aus Messer zu liefern, kommt es diesen Subjekten auch gar nicht darauf an, Aufzeichnungen zu verstreuen oder zu erfinden. Noch schlimmer sind die Provokatoren, die harmlose, politisch unerfahrene Leute direkt zum Vergehen verleiten. Und solche Provokatoren sind den Kriegsgerichten vollgültige Zeugen! Wie viele Menschen, wie viele Familien sind auf solche Weise unglücklich gemacht worden!

Wie man früher das russische Regierungssystem „Zarismus“ gemindert und durch „Menschewismus“ charakterisierte, so kann man die Rechtsspiele im besetzten Gebiet als „französische Militarjustiz“ gemindert durch „Begründung“ bezeichnen. Von Zeit zu Zeit und von Fall zu Fall werden die „Verbrechen“ mit Strafverleumdung begünstigt. Aber auch in diesem Verleumdung, so sehr es im Interesse der Lebenden zu bezeugen und zur Korrektur leichtfertiger Urteile wünschenswert ist, verzeihen die französischen Gewaltbehörden vollständig, daß damit die unnotigerweise erzeugte Summe von Erbitterung und Mißgunstung kaum abgetragen wird.

Um ein leidliches Verhältnis zwischen Besatzung und Bevölkerung herbeizuführen und um den deutschen Chauvinisten und Reaktionen ihr Sandwerk nicht gar zu leicht zu machen, ist es erforderlich, daß die französischen Gerichte mit uns Hand in Hand für eine Veränderung der Rechtspflege und des Polizeiwesens im besetzten Gebiete wirken.

### Das Meißengewicht der Besatzungskosten.

Bomben, 10. Januar. Der Berliner Briefträger hat der „Daily Mail“ mit aus amtlichen Quellen erfahren haben, daß die Kosten der Aufrechterhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen teils dem Waffenstillstand betragen: für das amerikanische Heer: 293 474 170 Dollar, für das britische Heer: 51 900 800 Pfund Sterling, für das französische Heer: 2 002 935 000 Franken, für das italienische Heer: 15 207 717 Lire, für das belgische Heer: 314 940 688 belgische Franken. Außer den in natura erzielten Lieferungen im Betrage von vielen Milliarden Mark habe Deutschland bisher in der Besatzungsumgebe bezahlt: für das amerikanische Heer: 608 Millionen Mark, für das britische Heer: 266 Millionen Mark, für das französische Heer: 1 427 841 000 Mark, für das belgische Heer: 49 185 000 Mark. Ein Vergleich zeige, daß die Antoten des amerikanischen Heeres im Verhältnis zu dem des französischen patriotisch ist. Letztens betragen nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Persönlichkeiten die Antoten für das amerikanische Heer jetzt täglich 80 000 Dollar.

### Die Zartheit der Kommunisten.

Einem flachen Einbild in das unerwartliche Treiben der Kommunisten erhält man durch eine von der U. S. A. und von Gemerkschaftsartikeln Leipzig untergezeichnet und in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte Warnung vor kommunistischen Veranlassungen. Es heißt darin u. a.: Die RAPP ruft ihre Anhänger in ganz Deutschland zu einer Demonstration gegen die Arbeitermorde von Jüßburg auf. Die Vertreter der RAPP und KAPP Leipzigs sind an uns herangetreten, um sie darin zu unterstützen. Dabei gab ein Vertreter der RAPP zu erkennen, daß er nicht an dem gemeinsamen Kampf teilnehmen will, sondern sich, weil sie davon ein „Korantreiben der Revolution“ erwartet. Die Leute leben eben unter Spektakel als ein Stück Revolution an.

Kielige Gewinne erzielte die Aktiengesellschaft Tränfner und Württer Naß, in Leipzig, Zurbauzeitung, Lindenau, Lügner Straße 1171, Plauen, und Zellbauzeitung, Lindenau, Hähnlestraße 28. Nach dem Abschluß vom 30. September betrug der Betriebsergebnis 3 358 310 Mark gegen 653 284 Mark im Vorjahr. Nach Abzug der Generalverlusten, Zinsen etc. verbleibt einicht, des vorjährigen Betriebsergebnis von 132 000 Mark ein Reingewinn von 1 705 197 Mark gegen 276 782 Mark im Vorjahr. Das sind 55 Prozent des zwei Millionen Mark betragenden Mittelkapitals. Es wird vorgeschlagen, von diesem nicht ausschließlich aus Betrieb und Abzug erzielten Gewinn zunächst eine Million Mark zur Bildung von Vorzugsaktien zu entnehmen und überdies noch eine weitere Million Mark Vorzugsaktien zu begeben. Von den verbleibenden 705 197 Mark sollen 200 000 Mark gleich 10 Prozent

Dividende verteilt, 850 000 Mark für Reparaturen zurückgestellt und 155 197 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Ausgabe von Vorzugsaktien (an die Stammaktien natürlich) geschieht nur zu dem Zweck, um die Ausschüttung einer sehr hohen Dividende zu verhindern. Der Gewinn verbleibt aber den Aktionären. Man glaube nicht, daß dies eine Eingetrigelung ist. Industrielle und Landwirte erzielen tieferge Lieberdijug. Arbeiter und Beamte aber nagen am Hungertrude.

### Partei Nachrichten.

#### Der Haßling.

Genosse Franz Kieß, Redakteur des „Vorwärts“ hat diese Tage unter dem oben genannten Titel einen Führer über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im „Vorwärts“-Berlag erscheinen lassen. Das Buch entspricht einem oft gänscherten und schließlich gewordenen Bedürfnis. Es will eine ausführliche Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geben, die bisher in so handlichen und jedem zugänglichen Format fehlte. Wer sich als Parteifunktionär oder in der Gewerkschaft über die Geschichte der großen Bewegung unterrichten will, ohne daß er Zeit und Mühe findet, sich in größere Werke zu vertiefen, dem bietet der „Haßling“ einen zuverlässigen Führer. Ausgehend von der Organisation der mittelalterlichen Handvergesellschaften in ihren Brudergilden übertrug Kieß die mit der Industrialisierung Deutschlands sich erhellende Tätigkeit der normierenden Gewerkschaften, des Willens und der Kommunisten, beendete das Werk von Marx, Engels und Plehanow und folgt dann der maßgebenden Geschichte der Sozialdemokratie bis in die neuesten Tage. Auch die Geschichte der Gewerkschaften wird eingehend gewürdigt. Die große Linie, der die Arbeiterbewegung folgt, bedeutet, wie der Verfasser sagt, trotz der Zerrüttung der Arbeiterparteien unserer Tage einen ununterbrochenen Aufstieg zu höheren Lebensformen. Der Sozialismus hat der deutschen Arbeiterbewegung von Anfang an Richtung, Ziel und Inhalt gegeben. Deshalb ist ihre Geschichte gleichzeitig die des Sozialismus. Das Buch ist zum Preise von 7,50 Mt. von oben genannten Verlage zu beziehen.

2000 neue Abonnenten hat in den Werbewochen vor dem 1. Januar unsere Düsseldorf-Parteizeitung die „Freie Presse“ gewonnen.

### Genossenschaftliches.

#### Gegen den Warenhandel der Gemerkschaften und Betriebsräte.

Der Betriebsrat der Großtextilmaschinen-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. G., Abteilung Textil, und Schuhwaren, Groß, wendet sich in einem längeren Schriftstück gegen das Bestreben vieler Unternehmer, durch die Beschäftigung mit Warenhandel die Betriebsräte von ihren eigentlichen Pflichten abzulernen und das Vertrauen der Kollegen zu ihnen zu erschüttern. Weiter macht der Betriebsrat Front gegen den Versuch des Allgenossenschaftlichen Gewerkschaftsbundes an die Vertrauensstelle für gewerkschaftliche Bedürfnisse und zur Erzielung einer Berufsvereinsstelle für Warenvermittlung. Er stellt fest, daß ein derartiges Unternehmen den Gemerkschaften den größten Schaden bereiten müßte, sei für jeden einmütigen mit dem Genossenschaftlichen Vertrauen selbstverständlich. Wie zu den Betriebsräten, so werde auch zu den Gemerkschaften das Vertrauen durch die Folgen solcher Sorgens untergraben werden. Einem großen Teil derer, die die Vermittlung in die Hand nehmen müßten, fehle es notwendig an der genossenschaftlichen Organisation, um derartige Geschäfte aus nur einmütigen so zu leisten, daß die Gemerkschaften-mitglieder wirklich Vertrauen zu dem Unternehmen gewinnen könnten und der Erfolg gesichert sei. Man werde zwar von einem Zusammengehen mit etwa vorhandenen Konsumvereinen, sei sich aber offenbar über die geschäftlichen Schwierigkeiten, die diesen erwachsen würden, durchaus nicht klar. Das für die Gemerkschaften nach Ansicht des Betriebsrats auf jeden Fall einretende Risiko werde natürlich auch sofort auf die Konsumgenossenschaftlichen wirken. Diese brauchen sich der Sache nicht zu entziehen, müßten aber die größte Klarheit anfordern. Die Organisation der Vertrauensstelle ist Sache der Genossenschaftlichen. Der Betriebsrat bittet die Betriebsräte aller Konsumvereine, ihm zugustimmen und in seinem Sinne zu arbeiten.

### Aus aller Welt.

10. Januar. Bei einem Schabeneuer umgekommen. Einem in einer Schokoladenfabrik in Köln-Wülfrich ausgebrochenen Feuer ist gestern vormittag ein in dem Fabrikgebäude wohnender Angestellter der Fabrik mit Frau und Kind zum Opfer gefallen.

Valencia, 10. Januar. Attentat. Als der Zivilgouverneur am Freitagabend im Wagen das Theater verließ, gab es etwa ein Dutzend Leute etwa 30 Revolverkugeln auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Durch die Schüsse wurde ein Polizist und ein Kind schwer verletzt. Keiner der Angreifer konnte festgenommen werden.

Tientsin, 8. Januar. Die sich ereignenden Folgen des Erdbebens in Urdanien. Zu dem jüngst gemeldeten Erdbeben sind noch nachzutragen, daß die durch das Erdbeben angelegten Zerstörungen bedeutend größer sind als zuerst angenommen worden konnte. Der Erdstoß war stark und katastrophal. Die ganze Gegend von Tientsin bis nach Alabau ist dem Erdbeben fast vollständig gleich gemacht worden. Bei Tientsin hat es im Gebirge große Einstürze gegeben. Die Gesamtzahl der Vermissten beträgt 600, die der Getöteten 50. 15 Dörfer sind vollkommen verschwunden, und die Zahl der Obdachlosen beträgt über 30 000 Personen. Die Regierung macht die größten Anstrengungen, um den demütigenden Bedürfnissen der Betroffenen zu Hilfe zu kommen.

Suenos Aires, 7. Januar. 40 Arbeiter ertranken (Suenos). Ein Fahrgast, in dem sich etwa 100 handliche Arbeiter befanden, ist gesunken. Etwa 50 Arbeiter ertranken.

### Von der Wüste der Nation.

Die Weltkammer“ vertritt die Ansicht, eine Kolonisation von Studenten östlich, die sich auf einem stillen Ort in der Staatsbücherei findet:

Was ist Deutschlands höchste Pflicht, Welt's noch lang im Grunde wohnen? Brot und Arbeit lehren, Frieden, Seinem Bilde blauen Köben.

Dazu machte ein anderer ebenjo laubender Bürsche folgendes Zufut:

Wenn es auch an Kohlen manzelt, Dann verbrannt Berliner Loden, Werbet unter eure Keffel, Reichlichkeit und Substanz

Man muß ihnen sagen, die sogenannte „Zukunft unserer Nation“, die zukünftigen Richter, Staatsanwälte, Geschworne und beredlichen Kulturträger mehr, haben die „humanistische Bildung“ an den deutschen Universitäten gründlich in sich aufgenommen.



Partei-Angelegenheiten.

Vorberufung. Heute (Dienstag), abends 7 Uhr bei Wilsdorf, Kaffeehaus. Arbeiterjugend. Mittwoch abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in Wilsdorf's Gesellschaftssaal.

Ans dem Stadtkreis.

Salle 11. Januar 1921.

Städtische Stadtverordnetenversammlung.

Mittwoch, den 10. Januar 1921.

Die erste Sitzung im neuen Jahre hatte sich wieder ausgiebig mit einer Frage zu beschäftigen, welche zur dringenden oder lokalen Aufgaben gehört: Die Wohnungsfrage. Gleich zu Beginn der Sitzung trat Herr Stadtrat Fischer als Schlichter des in der letzten Zeit so hart angegriffenen Wohnungsamtes auf und wies den Verdacht, daß Angehörige sich Verschlingungen schuldig gemacht haben könnten, energig zurück. Da wir in einem besonderen Artikel auf diese Sache eingehen, erübrigt sich jetzt jedes Wort darüber. Eine Wohnungsdebatte erhob sich auf Grund der Anfrage Brönne u. Gen. Wie sich der Magistrat die Räumung der Lutherstraße denkt. Die Herren Bürgerlichen, die wohl alle in Ängsten und Besorgnissen sitzen, hatten natürlich kein besonderes Interesse an einer Debatte über die Wohnungsnotlage und stimmten gegen den Antrag auf Beschaffung der Anträge. Von unten Gen. Wolbradt wurde mit Recht darauf verwiesen, daß die Referenten nun endlich einmal für Wohnwesen bereitgestellt werden sollten. Deutschland hat schon lange Angehörige, aber bis jetzt werden die ehemaligen Wohnhäuser der Referenten leider immer noch nicht lokalen Zwecken gewidmet. Es nicht beinahe so aus als ob... Schwere Gefahren bringt es mit sich, wenn die Schulen zu Wohnungen benutzt werden, wie das erst in der Lutherstraße der Fall ist. Die Volksschulfinder, ohne zu unterrichten, werden natürlich in ihrer Gesundheit beeinträchtigt, wenn sie in schlecht gelüfteten Räumen Unterricht erteilen. Die Sorgen der Eltern und Lehrer sind durchaus verständlich. Hoffentlich wird der Magistrat sofort danach gehen, die Anträge, welche frei werden, zu besseren Unterrichts für die beherrschenden Schichtfamilien anzuschaffen, als wie die Volksschulen darstellen.

Die Sitzung wird durch den Vorsitzende Keil (Dem.) eröffnet, vor eine Reihe Eingaben bekannt gibt, was jedoch wiederum am Beschlusse nicht verhandelt wird.

Nach Beginn der Verhandlungen wird der neue unbesoldete Stadtrat, Regierungsrat Dr. Brandner (Deutschl.) eingeführt. Dieser erklärt noch Stadtrat Fischer das Wort zu einer Erklärung über die verschiedenen Angriffe gegen das Wohnungsamt. Hier geben an anderer Stelle der 'Volksstimme' darauf ausführlich ein.

Punkt 1 der Tagesordnung sieht die Neuwahl des Vorstandes vor. Da gegen den bisherigen Vorstand keine Bedenken vorgebracht werden, bleibt derselbe bestehen. In den Ausschüß für Deputations- und Ausschüßwahlen werden die Siv. Herzfeld, Osterberg, Steinbrück, Wolbradt und Keil gewählt.

Der Magistrat hat die Erhöhung der Krankentransportkosten des städtischen Krankentransportes von 10 Pf. auf 30 Pf. für Einleitende und auf 40 Pf. für Transporte von und nach der Bahn beschlossen. Die Stadtverordneten-Versammlung tritt dem Beschlusse bei.

Auswahl des städtischen Fuhrwesens.

Mit dem im Rechnungsjahre 1920 geschlossenen Teilsführungsamt sind recht gute Erfahrungen gemacht worden; die Einnahmen sind bedeutend höher, als vorgesehen war; die im Laufe des Jahres unermittellich gemeldeten Mehrausgaben können zum Teil davon gedeckt werden. Es empfiehlt sich daher, schon jetzt den weiteren Ausbau des Fuhrwesens vorzunehmen, um nach und nach sämtliche städtische Aufstellungen überzunehmen und die bis zum Jahresschlusse eintretenden Uebertragungen aus den Abrechnungen beiseite zu lassen. Der Magistrat hat deshalb die Aufnahme eines Darlehens zur weiteren Aufhebung von Fuhrwagen und Fuhrknechten in Höhe von 200 000 Mark aus dem Aufnahmeverbodsbeschlusse. Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt dem Beschlusse zu.

Es wird weiter beschlossen, den Beschlusse für die Wandarbeitersätze rückwirkend vom 1. November 1920 ab von 3 Mark auf 4 Mark täglich zu erhöhen. Der Magistrat hat beschlossen, den Wagenpark der Straßenbahn zur Hälfte bei der Städte-Feuer-Soz. etät, zur anderen Hälfte bei der Arbeit-Versicherungsgesellschaft gegen Feuer- und Diebstahl zu versichern. Die jährliche Prämie würde insgesamt 17 000 Mark betragen. Die erste Rate wird im Etat für 1921 bereitgestellt. Die Stadtverordneten-Versammlung ist mit der Versicherung einverstanden.

Die Stelle des Stadtkassenarztes und die Stelle des Polizeiarztes beim Stadtjugendheim sollen in Beamtenstellen umgewandelt werden und nach den Besoldungsgrundlagen für die Beamtenstellen (Magistratsärzte) zu belohnen, so daß die Einstellung der jüngeren Ärzte in Gruppe X zu erfolgen, so daß die Einstellung der jüngeren Ärzte in Gruppe XI erfolgt. Es wird in beschließen.

Die Rechnung der städtischen Straßenbahn für das Rechnungsjahr 1919 ist jetzt noch vorgelegt. Dieselbe ist mit einem Gesamtbetrag von 585 263,86 Mk. ab, der als Zuschuß aus der Stadt-Kassensätze gedeckt werden soll. Der Verbleibenden und Erparnissen in Höhe von 207 800,50 Mk. stehen Mehrausgaben von 1 769 769,86 Mk. gegenüber, die unermittelbar waren. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, die Uebertragungen der Straßenbahn in Höhe von 1 769 769,86 Mk. nachträglich zu genehmigen und den zum Ausgleich der Jahresrechnung

1919 erforderlichen Zuschuß von 585 263,86 Mk. aus Kap. IV 7 des Hauptplans 1919 zu bewilligen. Ein Vergleich über Lieferung von Straßenbahnwagen angestanden.

Im Jahre 1918 sind bei der Eisenbahnerfortschritts-Gesellschaft in Bismarck 40 Straßenbahn-Wagen zum Preise von rund 18 000 Mk. und 20 Motorwagen zum Preise von 23 000 Mk. für das Geld bestellt worden. Nach den Anschaffungen waren jetzt die Preise vorgefallen, die höchsten einen Aufschlag von 5 Prozent erfahren sollten. Der unglückliche Ausgang des Krieges und die Folgen der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens machten es der Eisenbahnerfortschritts-Gesellschaft jedoch unmöglich, die Wagen zu den ausbezahlenden Vertragspreisen herzustellen. Die Preisbildung hat eine Entwertung genommen, das heute ein Motorwagen etwa 140 000 Mk., ein Anhängerwagen 100 000 Mk. kostet. Die Anhänger sind inzwischen bereits geliefert, jedoch unter dem Vorbehalt einer Preisänderung. Die Motorwagen dagegen sind noch nicht hergestellt, die Eisenbahnerfortschritts-Gesellschaft in Bismarck weigert sich, die Wagen zu liefern, wenn nicht eine erhebliche Preisänderung für alle Wagen - auch für die Anhänger - eintritt. Der Magistrat hat sich zu dem Ende aber dringend gedrängt. Die Verhandlungen der letzten, kaum mehr verwendbaren Wagen verurteilt einen monatlichen Kostenaufwand von rund 70 000 Mark.

Nach der händigen Rechtssprechung des Reichsgerichts wäre die Eisenbahnerfortschritts-Gesellschaft in Bismarck durch die eingetretenen Umstände berechtigt gewesen, vom Vertrage zurückzutreten und nicht zu liefern. Sie hat jedoch, ebenso wie der Magistrat, ein erhebliches Interesse an der Erfüllung des Vertrages; zur Lieferung von den 1. St. vereinbarten Preisen kann sie aber nicht gezwungen werden. Im Vertragwege, der langwierig und kostspielig sein würde, ist zweifellos mit einer Erhöhung der Preise zu rechnen. Die Eisenbahnerfortschritts-Gesellschaft in Bismarck hat nun einen Vergleichs-Vorschlag gemacht.

Da im Vertragwege nach langwierigen Verhandlungen ein günstigeres Ergebnis auf keinen Fall zu erzielen sein wird, hat der Magistrat dem Vergleichsvorschlag mit einer Einschränkung zugestimmt. Von dem Mehrerlösen können 700 000 Mk. weiteren Mitteln entnommen werden; der Rest soll - ebenso wie die ursprünglichen Kosten - Anteilnehmern entnommen werden. Im Anleiheprogramm sind Mittel zur Beschaffung neuer Straßenbahnwagen vorgesehen.

Vorherrschend Punkt der Tagesordnung führt zu einer ausgedehnten Debatte, in deren Verlauf Stv. B. Wolff (Rom.) Anträge gegen die Leitung der kädt. Straßenbahn richtet, weil diese die Aufträge für Lieferung von Straßenbahnwagen nicht an heimische Firmen vergeben hat, sondern an eine auswärtige. Vom Bürgermeist. Senkel wird ihm erwidert, daß die fragliche Firma in Bismarck schlechter und billiger hergestellt in Aussicht gestellt hat, weshalb diese befristet wurde. Vom Stv. Balle (Dem.) wird noch ausführlich auf die von verschiedenen Seiten geübte Kritik eingegangen. Zum Vergleichsvorschlag führt er an, daß viele dieser Vergleichsvorschläge für günstig. Wenn wir den Magistrat noch einmal anrufen, würden die Motorwagen nicht mehr, sondern drei Millionen kosten. Außerdem würde sich die Lieferung erheblich verzögern, während die Wagen dringend benötigt werden. Vom Stv. Vorherer Keil (Dem.) wird dazu noch bemerkt, daß die Richtpreise für uns sehr ungünstig steht, wenn wir dem Vergleich nicht zustimmen.

Die nunmehr vorgenommene Abstimmung über den Vergleichsvorschlag ergibt Annahme desselben gegen die Stimmen der Kommunisten. Dem Gesuch des Vereins Jugendhilfe vom 29. Nov. 1920 den durch Postion XXI C III 76 des Haushaltsplanes bewilligten Betrag von 20 000 Mk. um 10 000 auf 30 000 Mk. zu erhöhen und die dazu erforderlichen 10 000 Mk. auf Kapitel XXIV, 14 zu übernehmen, wird entprochen.

Alsban werden eine Reihe Verfügungen zu den einzelnen Kapiteln des Haushaltsplanes bewilligt. Infolge ungenügender Beschleunigung von Gasofen durch das städtische Gaswerk wird es notwendig, in den Heizungsanlagen der Stadt den erheblich leerenen Heizkosten zu verwenden. Zur Behebung der Heizkosten werden vorläufig 250 000 Mk. aus Kap. XXIV, 14 zur Verfügung der unter Kap. XV A III 4 verfügbaren Mittel bewilligt.

Ein Gesuch des Diakonissenhauses um Umeinweisung von Gruben für den Schwefelkammerhof wird abgelehnt.

Das Gesuch der städtischen Angehörigen um Gehaltsverbesserung wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überlassen.

Nach Schluß der Besprechung über die vorliegende Tagesordnung richtet der Stadtr. Brönne (Rom.) folgende Anfrage an den Magistrat: „Ist dem Magistrat bekannt, daß infolge der Seltenheit der Aufträge bei uns sehr geringe Auftragsbestände herrscht und, wenn nicht ein sehr beträchtliches Entzügen, ein Schulstreik zu erwarten ist? Was gedenkt er dagegen zu tun? Stadtrat Fischer erklärt in seiner Antwort, daß der Magistrat beabsichtigt, die Lutherstraße freizumachen, da er unter den Aufträgen in sehr viel Familien mit einer starken Kinderzahl, und daß es außerordentlich schwer, die nötigen Wohnungen zu beschaffen. Einen genauen Termin, wann die Schule geräumt wird, kann er nicht angeben.

Auf Antrag des Gen. Wolbradt wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen, über diesen Punkt die Besprechung zu eröffnen. Genelle Wolbradt erklärt, daß es in der letzten Zeit eine Notiz durch die Presse gegangen, wonach 183 Krieger in für Kommunalzwecke freigegeben werden sollen. Es ist doch zu erwarten, daß wenigstens eine der von den drei in Halle vorhandenen Katern für Wohnungszwecke zur Verfügung gestellt werden, was die Angelegenheit aus der Gefahr retten würde. Genelle Wolbradt: Er hätte sich den Angehörigen erwidern, als wenn die Stelle, welche für die Beschwerden der Schule in Frage kommt, nicht ihre Schulzeit hätte hätte. Da kann aber liegen, daß der Schulanspruch immer wieder an das Wohnungsamt herangezogen ist, um dieses zu veranlassen, daß die Schule geräumt wird. Das Wohnungsamt hat uns aber Teilnehmern entgegengekommen, vor denen wir uns nicht verhalten konnten. Eine dringende Notwendigkeit, die Lutherstraße so schnell wie möglich zu räumen, ist vorhanden. Allein in gesundheitlicher Beziehung sind die Kinder schwer gefährdet und da die Tuberkulose außerordentlich gefährlich, muß die Lage geordnet werden, um dem Verlangen der Eltern und der Lehrer auf Räumung der Schule Rechnung tragen zu können.

Unterliegt Butter der Zwangsversteigerung?

Von einwandfreier Seite wird uns nachstehender unbeherrschter Fall einer Zwangsversteigerung mitgeteilt, welche unter Umständen einer Zwangsversteigerung unterliegen könnte. Der Fall betrifft ein Grundstück, welches gegen die Anteilnehmern nachdrücklich eingewiesen. Eine sofortige Unternehmung der Zwangsversteigerung ist wohl selbstverständlich. Ist allen Umständen nicht bekannt, daß Butter der Zwangsversteigerung unterliegt, wenigstens müßte man dieses anneh-

men, da uns der Magistrat ab und zu mit 50 Gramm richtig gehender Butter beschenkt. Jedoch gibt es auch Leute, die dieses annehmend nicht wissen. Zu diesem gehört auch der jetzt bei der Hebe- und Abfuhr des Güterbahnhofes Halle zur Beförderung von Eisenbahnbediensteten tätige Zugführer H. (W. vorher bei der von der Eisenbahn-Direktion Halle zur Beförderung des Schleichhandels eingerichteten Schleichhandels-Kommission tätig). Am 6. 1. 21 zwischen 5-6 Uhr nachmittags wurden von einem Eisenbahner, angeblich Lieberwächungsbediensteten, vier Mann mit schweren Gepäck auf verbotenen Wege angehalten und nach dem Anhalt gebracht. Nach einiger Zeit erschien nun der Herr Zugführer H. und stellte den Anhalt frei und ließ die, was kann man sich denken - schone, gelbe Butter - nach eigener Angabe 6 Pfund. Man hätte nun annehmen müssen, der Herr H. würde die Butter befreiben lassen. Inzwischen war der rechtmäßige Besitzer der Butter, der Schaffner Krause, von einem der vier herbeigeführt worden, einige Krieger mit Herr H. begrüßten und schon konnte Krause seine kleinen Getreuen mit der Butter abholen.

Es fragt: „Ist dem Herrn H. nicht bekannt, daß Butter der Zwangsversteigerung unterliegt oder waren dem Herrn H. der oder die Empfänger bekannt und mochte er deshalb nicht dazugehen? Und was jagt die Eisenbahn-Direktion dazu?“ rll.

Das Wohnungsamt merkt sich.

Seit dem Tage, an dem wir unheimlich kritischen des Wohnungsamtes veröffentlichten, sind drei Wochen dahingegangen, ohne daß wir untern Beize eine bindige Erklärung vom Wohnungsamt über den eigenartigen Fall mit Herrn Stütz nennentlich konnten. Gestern hat nun Herr Stadtrat Fischer als Delegierter für das Wohnungsamt in der Stadtverordnetenversammlung auf die Angelegenheit das Wort ergriffen. Da uns außerdem noch das Wohnungsamt eine Entgegnung. Zu dem von Herrn Professor Dr. Buchholz in der Besprechung unternommenen Feldzug gegen das Wohnungsamt wie der Titel lautet, sendet, wollen wir das Besondere herausbringen. In der Juliheft vom Wohnungsamt heißt es:

„Es ist unrichtig, daß das Wohnungsamt Herrn Wolf Stütz, Direktor der Wagh- und Schließgesellschaft, Landwehrstraße 25, innerhalb 7 Monaten 3 Wohnungen zugewiesen hat.“

Als Ursache geht er aus der Entgegnung hervor, daß Herr Stütz eine Wohnung zugewiesen erhielt, die er nicht bezog, sondern für seine fünf damals in Lugano befindliche trante Ehefrau bereit hielt, wenn diese plötzlich zurückkehren sollte. Bezog er dann diese, so wollte er eine kleinere Wohnung frei machen. Das Wohnungsamt bemerkt hierzu:

„Es mußte also dem Wohnungsamt, für welches die Berechnung der Immobilien mit dem allgemeinen praktischen Geschäftes unter anderem das Gebot der Stunde ist, an einem Referenten gelegen sein, der bezüglich des Briefes überhaupt keine Grenzlinie, der dabei seiner Familienangelegenheiten - die Familie Stütz zählt 7 Köpfe - auch für eine größere Wohnung in Betracht kam und der - was das Ausfallgebende war - im Augenblick, in dem er diese neue Wohnung im Tauchwege erhielt, sofort eine kleinere und verhältnismäßig billige Wohnung - die in der Marienstraße belegene kostete nur 1400 Mk. - für die nächste nächste Nachfrage war, freimachte. Die Interessen des Wohnungsamtes waren mit denen Stützes identisch, weshalb auf seine Wünsche eingegangen werden konnte.“

Weiter wird gesagt, daß die fragliche Wohnung nicht einen Monat, sondern nur 14 Tage leerstand.

Aus dem Schreiben ist ferner zu ersehen, daß die Anfrage des Herrn Professor Buchholz gegen das Wohnungsamt scheinbar nur persönlichen Motiven entsprungen ist, nicht aber der Sorge um das Gemeinwohl. Es geht er selbst nicht gerade in Wohnungsamt leidet rein wie ein Engel dasteht. Denn das Wohnungsamt

„Die vorgelegte Forderung des Herrn Professor Buchholz für die „hundert, je taufende von Wohnungsuchenden“ erfüllt aber eine besondere Bedeutung dadurch, daß es, als kurze Zeit die Pflicht bestand, eine Wohnung bei ihm anzustellen und mehreren Familien damit Wohnung zu geben - der Plan erlosch sich aus allgemeinen Zweckmäßigkeitsgründen und wegen der hohen Kosten schließlich als unannehmbar - gegen die „Parteilichkeit“ lebhaften Widerpruch erhob, weil sie das Haus erweiterten und den Gesamtertrag erheblich reduzierten müßte. Die seiner Schwiegermutter als Hausbesitzerin zugewiesenen Wohnungszustellungen pflegte er im Grundsätze abzuändern und in ihren Behaltungen anzuführen, um sie in keinem Sinne beeinflussen und auf seine Seite ziehen zu können. Wiederholt wurde Herr Buchholz klar zu machen versucht, daß das Wohnungsamt in der fraglichen Angelegenheit mit ihm überhaupt nicht zu verhandeln habe, sondern nur mit der allein verfügungsberechtigten Beherrschin Frau Engelmann, was er aber entweder nicht begriff oder nicht befolgen wollte. Die Direktorin des Amtes, Frau Dr. Lange, hatte wiederholt Meinung erteilt, ich nicht mehr zuzulassen, daß während er es unter allerlei Vorwänden, sich immer wieder Einigung zu verschaffen.“

Da uns die anderen weitwichtigen Erörterungen nicht interessieren, geben wir nur noch das für den Fall Stütz-Buchholz aus der Entgegnung in Frage kommende wieder:

„Es ist unrichtig, daß, wie Herr Professor Buchholz meint, eine Unternehmung der von ihm behaupteten Unregelmäßigkeiten im Wohnungsamt notwendig gewesen, oder seitens des Wohnungsamtes oder Magistrats abgelehnt worden seien. Eine Unternehmung erübrigte sich überhaupt, da die Tatsachen, wie vorstehend mitgeteilt, vollkommen klar lagen und nicht die geringste Veranlassung boten, gegen die von ihm besonders angegriffenen Beamten, Frau Clauen und Wilmsen, vorzugehen. Wenn aber Herr Buchholz mit der ihm dabei gemordenen Erklärung sich nicht beruhigt, sondern weiter auf seiner vorgelegten Meinung der „Stellung“ und „Artundartigkeit“ beharrt, ist in der Sache selbstverständlich die Pflicht des Wohnungsamtes und des Magistrats, ihm um die Amtsstube der angegriffenen Beamten wieder beizustehen, bis an anderer Stelle mit Herrn Buchholz aus-einandergerichtet.“

„Es ist unrichtig, daß, die Stadt mit ihrer Klage gegen Herrn Professor Buchholz abgemieden sei und sich die volle Richtigkeit habe der von Herr Buchholz erhobenen Beschuldigungen überhaupt nicht. Es hat vielmehr eine gerühmte Verhandlung überhaupt noch nicht stattgefunden; der Oberstaatsanwalt in Halle hat es noch völlig unzureichender Aufklärung (vernommen sind unendlich u. u. Frau Dr. Apfthor, Herr Proger und Herr Stütz) lediglich abgelehnt, die öffentliche Angelegenheit der Zwangsversteigerung zu erheben, weil dem Beschlusse der Stütz des § 188 (Zwangsberechtigter Interessen) zugunsten sei, was das

Gemeinschaftswahl in Hammung ist diesem Beschlusse beigefügt. Aus der Begründung des abweichenden Beschlusses geht aber mit Deutlichkeit hervor, daß der Oberhauswahl die entscheidende Tatsache, daß Buchholz nicht Bewerber, sondern nur Beobachter des Hauses Krumpholtz ist, überwiegt und mit dieser zur Ablehnung gelangt.

Es ist unrichtig, daß weibliche Beamte des Wohnungsamtes in der in Rede stehenden Angelegenheit eine ausgleichende Rolle gespielt hätten und dort überhaupt in so großer Anzahl beschäftigt seien. Die entscheidende, von Herrn Buchholz als „Schieds“ bezeichnete Handlung, die Bewilligung des Wohnungsausschusses des Herrn Sitt, ist von einem männlichen Beamten und zwar von dem Bittsteller, Herrn Oberstadtschreiber Kraemer, erteilt worden. Die besonders angegriffenen Beamten, Frau Cloes und Witzig, sind lediglich ausführende Organe dieser Bewilligung gewesen. Damit entfallen sämtliche von Buchholz als „Weiberregiment“ zusammengefaßten Schöpfung und Schlußfolgerungen. Daß das Wohnungsamt an sich und als logische Einrichtung der Mitarbeit der Frauen nicht entzogen kann, bedarf keines Nachweises.

Es ist unrichtig, daß die Interessen der Allgemeinheit durch das Wohnungsamt im Falle Sitt verletzt worden wären und daß sich Herr Buchholz ein Verdienst um seine Aufhebung erlauben dürfte. Was den vorstehend ausführlich dargelegten Umweltsinn betrifft, so ist die gesetzliche Befreiung der Vorgänge für jeden Mieter erstarrt.

Wir schließen nunmehr die Äußerungen ab, hoffen aber, daß das Wohnungsamt künftig ebensolche Verständnis für die Not der kleinen Leute hat, wie in jenem Fall für einen Begünstigten. Sollte das Gericht zu anderen Ergebnissen als hier dargelegt kommen, so werden wir uns anrufen lassen zu unterrichten.

### Wie entsteht das Milliardenvermögen bei der Eisenbahn?

Rein Eude nehmen die Klagen der Eisenbahner in der Werkstatt sowohl wie in den betrieblichen und kantonellen Anlagen. Alle Elemente der Betriebskräfte haben wenig oder gar nichts an dem nun einmal nicht mehr zu leugnenden Wohlstand und der damit verbundenen Selbstverwirklichung geendet. Verordnungen zur Vermehrung, die den Gehältern im einzelnen in die Hände zu befehlen, die Dauer, Rechte und Betriebsverhältnisse modernisiert werden sollen, ist alles, aber auch alles gewesen. Der allgemalige Facharbeiter Größere scheint für derartige Zustände in seinem „Rath“ eben beiderseits Kenntnisse zu besitzen. Es wäre angebracht, dem Herrn Gröner das hier Redebezügliche zu übermitteln. Eine Vermehrung, wie für ein Koffer an Ort und Stelle, würde trotz der damit verbundenen Unannehmlichkeiten die Arbeit in seinen Reihen schaffen. Aus der Betriebswirtschaft sollte wird folgendes gemeldet:

In der Kesselanlage der Gasanstalt, welche dieser Dienststelle zugehört, liegen 2 Dampfesseln mit Treppenzuführungen, welche beide bestimmt sind, die Gas- und Luftkompressoren in Betrieb zu setzen. Es ist außerdem eine Dampfheizung angebracht, welche die Kesselräume, Büroräume, Dreher-, Walz- und Umkleieräume zu beheizen hat. Die Dampfheizung ist, trotzdem die Kessel ständig abwechselnd im Betrieb sind, gleich Null. Die Schuld daran trägt für die Kesselanlage vorzuziehen, zu nicht geringem Maße die ungenügende Wartung, welche die Kesselanlage erhalten hat. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten. Die Kesselanlage wird nicht mehr als 10 bis 12 Stunden im Jahr in Betrieb gehalten.

7. Lehrgang in der französischen Sprache (Vorlesung). Studienrat Linnig.
8. Einführungskursus in die englische Sprache (Vorlesung). Studienrat Roth.
9. Lehrgang in der englischen Sprache (Vorlesung). Zrl. Studienrat Knoll.
10. Einführungskursus in die russische Sprache (Vorlesung). Rektor Dr. E. Egan.
11. Soziallehre, Teil I. Fremdenversicherung und Reichsversicherungsanstalt. Architekt Dr. Grahm.
12. Das Seelenleben des Kindes. Teil I. Das Vorstellungsleben des Kindes. Studiendirektor Bittel.
13. Lebenserziehung und Lebenserziehung als Grundlage des Gemeinheitslebens. Teil I. Der Wirtschaft des Menschen. Der Mensch und die Qual. Rektor Spieth.
14. Einführung in die russische Ethik. Universitätsprofessor Dr. Krieger.

### Das Verbot der Gewerbebetriebe.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Gewerbebetriebe entschliefen auf die freigelegten Listen der Arbeiterbetriebe 11, auf die bürgerliche Liste 29 Sitze. Die Wahl der Arbeiterbetriebe wurde durch die freien Gewerbetätigen 2, für die Gewerbetätigen 2 Mandate.

Wichtiges zum Wahlverfahren. In den Kreisen des Substitutes besteht vielfach Unklarheit darüber, welche Bestimmungen für die Berechnung des Wahlwertes bei der Berechnung der Wahlwertes gelten und wie die Wahlwertes für die Berechnung der Wahlwertes gelten. Nach der Vorordnung müssen Wähler je nach ihrem Umfang und Inhalt sowie nach der Länge der Berechnungswerte festgesetzt und sicher verpackt werden. Für die Berechnung bis zum Gewicht von drei Kilogramm genügt die Regel, so weit ihr Inhalt nicht von bedeutendem Wert ist, eine Hülle von Papier mit feiner Perforation. Schwere Gegenstände müssen in mehrere Umschläge von gutem Papier eingewickelt werden. Sendungen von bedeutendem Wert sind je nach ihrem Inhalt, Umfang und Gewicht in Papp-, Wachstafel- oder Blechpackung zu verpacken. Der Inhalt der Packung ist bei allen Paketen zu kennzeichnen, das obere Deckblatt oder die Verpackung des Paketes mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen. Die Pakete sind in die Packung zu legen und die Packung mit dem Inhalt nicht zu trennen.

Über Lehren und Lehrende ist der Vorleser des Vortrags in der Sitzung des Vereins in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des „Hilfsvereins“ stattfinden. Im Interesse der freigelegten Angelegenheiten-Bewegung ist der Besuch aller Kollegen erwünscht.

Die Dichterkomposition Professor Franz Schreier wird der Ausführung seiner Oper „Die Gezeichneten“ heute Dienstag abends 7 1/2 Uhr, persönlich beizutreten. Mittwoch, abends 8 Uhr, wird „Das Wandbild“ im letzten Male gegeben. Donnerstag wird der „Julus“ das klassische Stück der Weltliteratur mit der Ausführung von „Schlitz“, Komödie von Aristophanes, eröffnet. Freitag „Der Sonnabend“ „Jodel“, Sonntag abends 8 Uhr, wird „Der Wandbild“ gegeben. Die Musikanten sind am Freitag, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3 Uhr, gegeben. Das nächste Sinfonie-Konzert findet am Montag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr unter Leitung von Professor Dr. Hans Fikler statt. Solist: Tini Deblor (Sopran).

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Das klassische Stück der Weltliteratur. Der bereits angekündigte von Aristophanes bis zur Leistung hinreichender Aufklärungen des Stadtrates wird am Donnerstag mit der Ausführung von „Schlitz“, Komödie von Aristophanes, eröffnet. Freitag „Der Sonnabend“ „Jodel“, Sonntag abends 8 Uhr, wird „Der Wandbild“ gegeben. Die Musikanten sind am Freitag, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3 Uhr, gegeben. Das nächste Sinfonie-Konzert findet am Montag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr unter Leitung von Professor Dr. Hans Fikler statt. Solist: Tini Deblor (Sopran).

## Provinz und Umgegend.

### Auf der Beamtenkonferenz.

Die parteigenössigen Beamten und Beamten müssen am Sonntag, den 13. Januar, vorm. 9 Uhr, in der Wilhelmstr. 10, im großen Saal des „Hilfsvereins“, an der Beamtenkonferenz teilnehmen, um ihren einheitlichen Willen zur Demotisation der Verwaltung kundzugeben.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.

Die Beschlüsse der 11. Vers. (Die Gültigkeit der Beschlüsse). F. Dienstag, 11. Januar; G. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorlesung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen eingeleistet werden.



**Halle**  
Restaurants, Kaffee, Vergnügungen

**Pfeiffer & Haas**, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.  
Weinstuben, Gr. Ulrichstr. 39.

**3 Könige**, A. Streicher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7.  
Konzert- und Künstlerhaus  
Auffreten erster Kräfte. Anlang 7 Uhr.  
Täglich Künstler-Konzert

**Friedmaus-Weinstuben**, Gr. Ulrichstr. 44  
Täglich Künstler-Konzert  
Benno Krüger.

**Promenaden-Kaffeehaus Café Roland**, am Leipziger Turm.  
Täglich Künstler-Konzert.

**Prinzess-Theater**  
Schmaarstr. 5 Telefon 2063  
Albert Buhlmann.

**Kammer-Lichtspiele**  
Grosse Steinstrasse 24 Fernruf 2762  
Stets die neuesten grössten Schlager  
Konkurrenzlos. Billigste Eintrittspreise.

**Modernes Theater**, Neue romaneade 8, früh Kaiser-Wilhelmsallee  
Täglich Kabarett-Varieté 7 Uhr  
Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté  
Sonntags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

**Beth's Bunte Bühne**, Ecke Gr. Ulrichstr.  
Direktion Rich. Beth Fernruf 1066.  
Erstklassiges Kabarett am Platz  
1. und 10. Programmwechsel.

**Restaurant „Dachhütte“**  
Mittelstrasse 18. Paulchen Jähr.

**Bekleidung, Schuhe, Putz usw.**

**Gelegenheits-Kaufhaus**  
Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe  
Spezialität: Rosenwäbche  
Eigene Anfertigung

**System Konkurrenzlos, Jakob Riwit**, Herren-, Knaben- und Arbeiterbekleidung,  
Leipzigerstrasse 11.

**F. C. Wissel**, Halle a. S. Markt 11.  
En gros. Spezialgeschäft für En detail  
Tuche und Schneiderartikel.

**A. Boeningh**, Steinweg 18.  
Woll-, Weiss- und Kurzwaren, Trikotagen,  
Rielerrocke, Busen, Rielerstoffe.

**P. Wolff**, Telefon 4315,  
Steinweg 20a.  
Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

**Gustav Reinsch**,  
Halle a. S., Herren-Konfektion, Markt 23.

**S. Blotzky**, Günstiges Angebot in  
Leinen und Baumwoll-  
waren.  
so gros. en detail.  
Leipzigerstr. 103, 1. Etg.

**G. Liebermann**, Geiststrasse 42.  
Herren-Artikel, Hand-  
schuhe, Unterzeuge,  
Lederwaren, Strumpf-  
und Wollwaren.

**J. Braunsdorf**, Herrenartikel,  
Reifstrasse 133.  
Ecke Ludw.-Wuchererstr.

**Aug. Laue**, Leipzigerstrasse 47.  
Wäscheleinen.

**F. A. Otto**, Wäsche-  
und Leinwandhandlung,  
Hilfstrasse 14.

**Phil. Hög**, Hilfstrasse  
KL Ulrichstr. 21.

**Leipziger Hut-Prob-Anstalt**  
Paul Blau, Schmeerstrasse 22.

**Franz Schmidt**,  
Spezial-Damen-Putz, Geiststrasse 15 (Ader-  
Apothekel, Telefon 4865

**Strassburger Hutbazar**, Leipzigerstrasse 15  
Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

**Schuhhaus Dietze**  
Untere Gr. Steinstrasse 13.

**Schuhhaus Roland**  
Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

**Gebrüder Oehlschlager**,  
Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

**Schuhhaus Günther**  
Grosse Ulrichstrasse 50 — Telefon 5371.

**Lebens-u.**  
Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

**A. Wagenknecht**  
Obere Leipzigerstrasse 61-62.  
Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

**Alb. Gentzsch G. m. d. H.**  
Schokolade, Zuckerwaren,  
Füllten in allen Stadien.

**Hainr. Doller**, Leipzigerstrasse 64.  
Fernruf 1122.  
Versandhaus für gute und billige  
Lebensmittel.

**Varieté Bratwurstglöckle**  
Alte Promenade II. Tel. 6492  
Dir.: Ernst Diemer.  
Jeden 1. und 13. neue Kunstkräfte.

**Leonhardt & Schlesinger**  
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte  
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

**Theodor Domann**, Alleiniger Vertreter  
des Int. Möbel-T.-V.  
für Halle und Umgegend. Ludwig-Wucherer-Str. 30.  
Fernruf 6256. Möbeltransport — Verpackung —  
Lagerung.

**Schuhmacher-Rohstoff-Genossen-  
schaft**, e. G. m. b. H. Leder und Bedarfartikel,  
Salzgrafenstr. 1, am Hallmarkt.

**Teichers Möbelgeschäft**, Große Stein-  
strasse 82, I.  
Fernsprecher 3878. Einzelne Möbel und ganze  
Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte  
ausserst billig.

**Alb. Fritsche**,  
Taubenstrasse 23. Telefon 659 und 4438.  
en gros Lederhandlung en detail  
**Massepeperel**.  
Ständig grosse Lager aller Lederarten für Schuh-  
macher, Sattler, Pantinen- und Pantoffelmacher,  
technische Leder, Treibriemen, Möbelleder, Tisch-  
leder etc.

**Moritz Kade Nachfolger**  
Gross-Destillation und Weinhandlung  
Charlottenstrasse II.  
Gegründet 1841.

**Max Ott** Steinweg 26.  
Drogen, Farben, Parfümerien.

**Gebr. A. & H. Loesch**  
Gr. Ulrichstrasse 35. Steinweg 30. Fernruf 1913.  
Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.

**Herbert Winkler Nachf.** (Ein Betrieb)  
Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import  
Deussauerstrasse 2, am Kopsplatz.

**C. Fehling** Billigste Bezugsquelle für  
Tabak-Fabrikanten,  
Gr. Steinstrasse 54.

**Allgemeines**  
**Möbelhaus**  
Gr. Ulrichstrasse 60  
I., II., III. Etage.  
Fernruf 1212.  
Ganze Wohngruppen  
sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl.  
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung  
= Kredit auch nach auswärts =

**N. Fuchs** Möbelhaus,  
Grosse Ulrichstr. 3.

**Th. Pollack**, Grosse Ulrichstr. 3.

**Friedrich Schrioth**  
Möbelhaus — Kleine Ulrichstrasse 24.  
Inh.: A. Ebeling,  
Möbelhaus,  
Fleischerstr. 30/31. Telefon 2352. Gegr. 1873.

**„Reformbad“, Kl. Klausstr. 14,**  
Licht- u. Wasserbehandlung, med. Bäder, Massage,  
Fahrrad Krause,  
Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt.  
Nur Kl. Ulrichstr. 15a, am Astoria. Telefon 3242.

**Adler-Fahrräder**  
Baronfänger & Co.,  
Gr. Ulrichstrasse 62.  
Gr. Steinstrasse 15.

**Xaver Herz**, Ecke Neumarktstrasse,  
Regenshirme, Spazierstöcke,  
Balkenpollen und Lederwaren.

**Max Rädler**, Rannischstr. 2.  
Farben, Lacke für den Haushalt. Emaille-Lack  
für Röhrenblech. Farbendruckfarbe, Ober-  
Nach trockenend (Friedens-Qualität).

**Herm. Schmidt**, Geiststrasse 23.  
Leder-Ausschnitt und Schuh-Edel-Artikel.

**Buchmann & Co.**, G. m. b. H.,  
Deussauerstrasse 33. Fernruf 1471 u. 4637.  
Kohlen — Holz — Baumaterialien.

**Haring & Stracho**, Deussauerstrasse 51.  
Telefon 6644.  
Nutz-u. Grubenhölzer Tischler-u. Glaserholz.

**H. Propper & Co.** Grosse Fernspr. 45-47-49-50-51  
Mendelburgerstr. 55 — Lagerplatz: 1289 —  
(M.W.) Kohlen-Koks-Brennholz.

**Wilhelm Schubert's** Stempelfabrik, Grei-  
ter u. Prägenanstalt,  
Vereinsabzeichen. Leipzigerstr. 38. Fernspr. 4033.

**Max Turner**, Geiststr. 55, Obere Leipziger-  
strasse 66. Gegr. 1867. Nur  
Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiferei,  
— Reparatoren.

**Emil Herz**, Leipzigerstrasse 45.  
Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

**Herm. Müller**  
1. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus, Gr. Stein-  
strasse 1-2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7-8.

**Färberei Galgenberg**  
Dampfweberei. Chemische Reinigung.  
— Fernruf 6595.  
Reinste und grösste Wäscherei am Platz.  
Eigene Läden

**Ludwig-Wucherer**, Landwehrstr., Ecke Markt 18,  
Fernstr. 7, Niemeyerstr., Steinweg 25,  
Gr. Steinstr. 50, Kleinschtrasse 30, Königstr. 23.

**Müller's Waschen- und Pflethenstalt**  
Bes. Rich. Diederich, Fleischerstr. 4, Ecke Geulstr.  
Spezialität: Herrensträrkewäsche.

**Halle'sche Beerdigungs-Anstalt**  
„Frieden“, Hermann Gericke,  
Fleischerstrasse 10/11. Telefon Nr. 2357.

**Beerdigungs-Anstalt** Willy Lutze,  
Krukenbergstrasse 7. Gegenüber den Klinikern.  
Telefon 5920. Eigenes Geschirr.

**Curt Forberg**  
Gas- und Wasseranlagen.  
Barlitzerstrasse 17 — Telefon 5390.  
elektr. Anlagen, Ankerreparaturen,  
Beleuchtungskörper,  
Geiststrasse 28.

**K. Rast**, Leipziger Strasse I.  
Eigene Fabrikation

**R. A. Otto Herrmann**, Magdeburger-  
strasse 9.  
Grosshandlung in Manufakturwaren...

**Albert Mennicke**, Gr. Steinstrasse 62  
Uhren-u. Goldwarenhaus  
Vorteilhaft. Bezugsquelle all. Uhren-u. Goldwaren.  
Eigene Uhren- und Goldschmiedewerkstätten.

**G. Vester** G. m. b. H.  
Bahnhofstrasse u. Möbel-  
transport. Telefon 7901.

**Carl Saatz**  
unumwunden  
Drogen, Parfümerien,  
Büstenwaren,  
Rannischstrasse 6.

**Walter Köhn**  
Steinweg & Zuckerwaren.  
E. Richter Nachf.,  
Seifen und Parfümerien.  
Leipzigerstrasse 66.

## Kaufe bei Alex Michel.

### Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

A der Volksstimme. (Musterschutz)

Abfahrt der Züge Leipzig-Delitzsch-Bitterfeld-Dessau und zurück.

		Leipzig		Delitzsch		Bitterfeld		Dessau	
		ab	an	ab	an	ab	an	ab	an
W.	W.	484	583	541	916	1042	1208	97	132
W.	W.	582	681	612	1124	1254	97	206	458
W.	W.	680	779	728	1136	110	200	505	639
W.	W.	778	877	825	1148	110	200	510	710
W.	W.	876	975	923	1160	110	200	510	710
W.	W.	974	1073	1021	1172	110	200	510	710
W.	W.	1072	1171	1119	1184	110	200	510	710
W.	W.	1170	1269	1217	1200	110	200	510	710
W.	W.	1268	1367	1315	1212	110	200	510	710
W.	W.	1366	1465	1413	1224	110	200	510	710
W.	W.	1464	1563	1511	1236	110	200	510	710
W.	W.	1562	1661	1609	1248	110	200	510	710
W.	W.	1660	1759	1707	1260	110	200	510	710
W.	W.	1758	1857	1805	1272	110	200	510	710
W.	W.	1856	1955	1903	1284	110	200	510	710
W.	W.	1954	2053	2001	1296	110	200	510	710
W.	W.	2052	2151	2099	1308	110	200	510	710
W.	W.	2150	2249	2197	1320	110	200	510	710
W.	W.	2248	2347	2295	1332	110	200	510	710
W.	W.	2346	2445	2393	1344	110	200	510	710
W.	W.	2444	2543	2491	1356	110	200	510	710
W.	W.	2542	2641	2589	1368	110	200	510	710
W.	W.	2640	2739	2687	1380	110	200	510	710
W.	W.	2738	2837	2785	1392	110	200	510	710
W.	W.	2836	2935	2883	1404	110	200	510	710
W.	W.	2934	3033	2981	1416	110	200	510	710
W.	W.	3032	3131	3079	1428	110	200	510	710
W.	W.	3130	3229	3177	1440	110	200	510	710
W.	W.	3228	3327	3275	1452	110	200	510	710
W.	W.	3326	3425	3373	1464	110	200	510	710
W.	W.	3424	3523	3471	1476	110	200	510	710
W.	W.	3522	3621	3569	1488	110	200	510	710
W.	W.	3620	3719	3667	1500	110	200	510	710
W.	W.	3718	3817	3765	1512	110	200	510	710
W.	W.	3816	3915	3863	1524	110	200	510	710
W.	W.	3914	4013	3961	1536	110	200	510	710
W.	W.	4012	4111	4059	1548	110	200	510	710
W.	W.	4110	4209	4157	1560	110	200	510	710
W.	W.	4208	4307	4255	1572	110	200	510	710
W.	W.	4306	4405	4353	1584	110	200	510	710
W.	W.	4404	4503	4451	1596	110	200	510	710
W.	W.	4502	4601	4549	1608	110	200	510	710
W.	W.	4600	4699	4647	1620	110	200	510	710
W.	W.	4698	4797	4745	1632	110	200	510	710
W.	W.	4796	4895	4843	1644	110	200	510	710
W.	W.	4894	4993	4941	1656	110	200	510	710
W.	W.	4992	5091	5039	1668	110	200	510	710
W.	W.	5090	5189	5137	1680	110	200	510	710
W.	W.	5188	5287	5235	1692	110	200	510	710
W.	W.	5286	5385	5333	1704	110	200	510	710
W.	W.	5384	5483	5431	1716	110	200	510	710
W.	W.	5482	5581	5529	1728	110	200	510	710
W.	W.	5580	5679	5627	1740	110	200	510	710
W.	W.	5678	5777	5725	1752	110	200	510	710
W.	W.	5776	5875	5823	1764	110	200	510	710
W.	W.	5874	5973	5921	1776	110	200	510	710
W.	W.	5972	6071	6019	1788	110	200	510	710
W.	W.	6070	6169	6117	1800	110	200	510	710
W.	W.	6168	6267	6215	1812	110	200	510	710
W.	W.	6266	6365	6313	1824	110	200	510	710
W.	W.	6364	6463	6411	1836	110	200	510	710
W.	W.	6462	6561	6509	1848	110	200	510	710
W.	W.	6560	6659	6607	1860	110	200	510	710
W.	W.	6658	6757	6705	1872	110	200	510	710
W.	W.	6756	6855	6803	1884	110	200	510	710
W.	W.	6854	6953	6901	1896	110	200	510	710
W.	W.	6952	7051	7000	1908	110	200	510	710
W.	W.	7050	7149	7100	1920	110	200	510	710
W.	W.	7148	7247	7200	1932	110	200	510	710
W.	W.	7246	7345	7300	1944	110	200	510	710
W.	W.	7344	7443	7400	1956	110	200	510	710
W.	W.	7442	7541	7500	1968	110	200	510	710
W.	W.	7540	7639	7600	1980	110	200	510	710
W.	W.	7638	7737	7700	1992	110	200	510	710
W.	W.	7736	7835	7800	2004	110	200	510	710
W.	W.	7834	7933	7900	2016	110	200	510	710
W.	W.	7932	8031	8000	2028	110	200	510	710
W.	W.	8030	8129	8100	2040	110	200	510	710
W.	W.	8128	8227	8200	2052	110	200	510	710
W.	W.	8226	8325	8300	2064	110	200	510	710
W.	W.	8324	8423	8400	2076	110	200	510	710
W.	W.	8422	8521	8500	2088	110	200	510	710
W.	W.	8520	8619	8600	2100	110	200	510	710
W.	W.	8618	8717	8700	2112	110	200	510	710
W.	W.	8716	8815	8800	2124	110	200	510	710
W.	W.	8814	8913	8900	2136	110	200	510	710
W.	W.	8912	9011	9000	2148				